

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Preuss. Sachsl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Hah, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 115.

Donnerstag, 1. Oktober.

1874.

Zur Reichstagswahl im 14. sächsischen Wahlbezirk.

Bei der am 20. d. M. stattgefundenen Delegirten-Conferenz am 14. Wahlkreise wurde einstimmig als Candidat für den Reichstag Parteigenosse Wilhelm Fink in Leipzig aufgestellt, und beschlossen, für jeden Gerichtsamtbezirk ein Localcomité zu bilden, welches die Abhaltung von Versammlungen zu ermöglichen und für allgemeine Verbreitung der Wahlaufträge und Stimmzettel in seinem Bezirke zu sorgen hat. Der Sitz des Centralcomités wurde nach Froburg verlegt.

An die Wähler des 14. Wahlkreises.

Laut Beschluß der Conferenz vom 20. d. M. ist Froburg als Sitz des Central-Wahlcomités bestimmt worden. Da sich dasselbe bereits constituirt hat und die Wahl in kurzer Zeit bevorsteht, so werden hiermit die Wähler des 14. Wahlkreises aufgefordert, ungehindert mit Gründung von Wahlcomités vorzugehen und uns alsdann die Adressen zuzusenden. Froburg, im September 1874.

Das Central-Wahlcomité. NB. Briefe u. s. w. sind zu senden an H. Otto Häußler, Webergasse.

Bericht über die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens. *)

Die erste beste Lohnordnung, z. B. die der Niedermüschnitzer Compagnie, zeigt uns die allgemeine Lage der Bergarbeiter in den Kohlenwerken des Erzgebirges. Der Wochenlohn beträgt für erwachsene Bergarbeiter 2 Thlr. bis 3 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., für Jungen 1 Thlr. 10 Sgr. bis 1 Thlr. 20 Sgr. Der Wochenlohn des Durchschnitts-Bergarbeiters beträgt ungefähr 2 1/2 Thlr. Das Verlangen müssen sich die Arbeiter auf Stücklohn verbinden. Daß der Stücklohn den gewöhnlichen Tagelohn kaum übersteigen kann, dafür sorgt die Lohnordnung. Jeder Arbeiter muß nämlich seine Kündigungsfrist monatlich geben und zwar am ersten Tage jeden Monats. Weigert er sich also, unter den angebotenen Bedingungen auf Stücklohn zu arbeiten, so wird er dazu gezwungen, für 4—8 Wochen wenigstens. Es ist einfach lächerlich, unter solchen Umständen von Regelung des Stücklohns durch wechselseitige Uebereinkunft zu schwärmen, von freiem Contract zwischen Arbeiter und Kapitalist!

Die Löhne werden in zwei Stücken gezahlt, am 22. des Monats eine Abschlagssumme, am 8. des folgenden Monats der Lohnrest des verflohenen Monats. Der Kapitalist behält also seinen arbeitslosen Bergarbeiter im Lohn im Durchschnitt für 3 volle Wochen vor, — eine herrschaftliche Zwangsleihe, um so wohlthuernder, als Geld damit gemacht, aber kein Zins dafür gezahlt wird.

Die Ablösungen der Leute sind in der Regel zwölfstündig, und die oben angegebenen Wochenlöhne gelten für sechs zwölfstündige Arbeitstage. Der zwölfstündige Arbeitstag enthält 2 Stunden halbe Stunden und 1 ganze Stunde für Mahlzeiten, oder so genannte Aussenzeit. Bei dringender Arbeit sind die Ablösungen achtstündig (d. h. 3 Ablösungen in 48 Stunden per Mann) mit einer halben Stunde Mahlzeit, — und sogar sechsstündig. In letztem Fall wird „gar keine Aussenzeit gestattet“.

Das Vorkommende liefert bereits ein trübes Bild von der Lage dieser Bergarbeiter. Zum Verständnis ihrer leibenschastlichen Zustände bedarf es jedoch einer Durchmusterung der Statuten der Knappschaftsvereine. Nehmen wir diese Statuten für die Kohlenwerke: I. des hohen und mächtigen Prinzen Schönburg, II. der Niedermüschnitzer Compagnie, III. der Niedermüschnitzer-Kirchberger Compagnie und IV. der Vereinigten Lugauer Compagnien.

Die Einnahmen der Knappschaftsvereine bestehen: 1) aus den Eintrittsgeldern und Beiträgen der Arbeiter, Strafgeldern, nicht reklamirten Löhnen u. s. w. und 2) aus den Beiträgen der Kapitalisten. Die Arbeiter zahlen 3 oder 4 Prozent von ihren Löhnen, die Meister zahlen in I. 7 Gr. 5 Pf. monatlich für jeden Beitrag zahlenden Bergarbeiter, in II. 1 Pfennig von jedem Scheffel verkaufter Kohle, in III. als erste Einlage und zur Begründung der Knappschaftskasse 500 Thlr., im Uebrigen dieselben Beiträge wie die Arbeiter, endlich in IV. wie in II., aber mit einem Bewilligungseinkauf von 100 Thln. für jede der Vereinigten Compagnien.

Ueberhehmt uns hier nicht ein stiller freundlicher Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? Wer wagt da noch von einem Ge-

gensatz ihrer Interessen zu sagen? Aber, wie der große deutsche Denker Hansmann gesagt hat, in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Es fragt sich also: Was kostet dem Arbeiter die Großmuth der „hohen Werkeigentümer“? Sehen wir zu.

Die Kapitalisten tragen in einem Fall (III.) so viel bei wie die Arbeiter, in allen anderen beträchtlich weniger. Dafür verlangen sie folgende Rechte, was das Eigenthum an der Knappschaftskasse betrifft:

I. „An der Knappschaftskasse steht den Knappschaftsmitgliedern ein Eigenthumsrecht nicht zu, auch können die Mitglieder ein Mehreres als die Gewährungen, worauf sie eintretenden Falles statutengemäß Anspruch erlangen, aus der Kasse nicht begehren, insonderheit nicht auf Theilung derselben und der Bestände antragen, selbst dann nicht, im Fall der Betrieb des einen oder andern Werks aufhören sollte. Sollte der Betrieb fürstlich schönburgischer Steinkohlenwerke in Delitzsch ganz aufhören, so — nach Abfindung vorhandener Ansprüche — steht wegen des Uebrigen dem fürstlichen Werkbesitzer die Verfügung zu.“

II. „Sollte der Fall eintreten, daß der Niedermüschnitzer Steinkohlenbau-Verein sich auflöse, so muß auch der Knappschaftskassenverband gleichzeitig mit zur Auflösung gebracht werden. Ueber den noch bleibenden Bestand steht dem Direktorium die Verfügung zu.“ Die Mitglieder der Knappschaftskasse haben kein Eigenthum an der Knappschaftskasse.

III. wie in II.

IV. „Die Knappschaftskasse wird als ein unveräußerliches Eigenthum der jetzt lebenden und künftig noch eintretenden Mitglieder des Vereins betrachtet. Nur wenn der unerwartete Fall eintreten sollte, daß die Auflösung sämtlicher beihilgter Steinkohlenbau-Vereine vor sich ginge und daher auch der Knappschaftskassenverband seiner Auflösung entgegenzuführen wäre, — nun, in diesem „unerwarteten Fall“ erwartet man, daß die Arbeiter den etwa vorhandenen Ueberfluß unter sich theilen werden? Beileibe nicht! In diesem Fall „haben die Directoren der zuletzt sich auflösenden Vereine der Königl. Kreisdirection Vorschläge einzureichen. Die letztgenannte Behörde hat über jene Verordnungen zu entscheiden.“

In andern Worten: Die Arbeiter zahlen den größten Theil der Beiträge zur Knappschaftskasse, aber die Kapitalisten wagen sich das Eigenthum dieser Kassen an. Die Kapitalisten scheinen ihren Arbeitern ein Geschenk zu machen. In der That werden die Arbeiter zu einem Geschenk an ihre Kapitalisten gezwungen. Diesen fällt mit dem Eigenthumsrecht von selbst auch die Controle über die Kasse zu.

Vorsteher des Kassenvorstands ist der Geschäftsführer des Kohlenwerkes. Er hat die Hauptverwaltung der Kasse, entscheidet in allen zweifelhaften Fällen, bestimmt die Höhe der Geldstrafen u. s. w. Ihm auf dem Fuß folgt der Knappschaftssekretär, der zugleich der Kassirer ist. Er wird entweder vom Kapitalisten ernannt, oder bedarf dessen Bestätigung, wenn er von den Arbeitern gewählt wird. Dann kommen die gewöhnlichen Mitglieder des Vorstandes. Sie werden im Allgemeinen von den Arbeitern gewählt, aber in einem Fall (III.) ernannt der Kapitalist drei dieser Vorstandsmitglieder. Was es überhaupt mit diesem „Vorstand“ auf sich hat, zeigt die Bestimmung, daß „er mindestens einmal im Jahr eine Sitzung halten“ soll. Thatsächlich gebietet der Vorsteher. Die Vorstandsmitglieder dienen ihm als Handlanger.

Dieser Herr Vorsteher, der Geschäftsführer des Werks, ist auch sonst ein mächtiger Herr. Er kann die Prüfungszeit neuer Mitglieder abkürzen, Extrantersetzungen verleihen, sogar (III.) Arbeiter, deren Ruf ihm anständig dünkt, verjagen, stets oder an den Kapitalisten appelliren, dessen Entscheidung in allen Angelegenheiten der Knappschaft schlüssig ist. So können Prinz Schönburg und die Directoren der Aktiengesellschaften die Vereinsstatuten ändern, die Arbeiterbeiträge erhöhen, Krankenunterstützungen und Pensionen schmälern, Ansprüche auf die Kasse mit neuen Hindernissen und Formalitäten umgeben, kurz, was ihnen beliebt, mit dem Geld der Arbeiter thun, unter dem einzigen Vorbehalt der Bestätigung von Regierungsbehörden, welche bisher niemals gezeigt haben, daß sie die Lage und Bedürfnisse der Arbeiter auch nur kennen lernen wollen. In den Kohlenwerken III. behalten sich die Directoren sogar vor, jeden Arbeiter aus der Knappschaft zu verjagen, der von ihnen gerichtlich verfolgt, aber — von dem Gerichte freigesprochen wurde!

Und für welche Vortheile unterwerfen die Bergarbeiter ihre eigenen Angelegenheiten so blindlings dem fremden Machtgebot? Man höre.

- 1) In Krankheitsfällen erhalten sie ärztliche Behandlung und eine wöchentliche Unterstützung, in den Kohlenwerken I. zum Drittel ihres Lohnes, in III. zur Hälfte des Lohnes, in II. und IV. zur Hälfte, resp. zwei Dritteln und drei Vierteln des Lohnes, wenn die Krankheit durch Unfälle während der Arbeit verschuldet ist. 2) Invaliden erhalten eine Pension, je nach der Dauer des Dienstalters, also auch ihrer Beiträge zur Knappschaftskasse, von 1/20 bis 1/2 des letztverdienten Lohnes. 3) Bei dem Todesfall eines Mitglieds erhält seine Wittwe eine Unterstützung von 1/2 bis 1/3 des Pension, wozu ihr Ehemann berechtigt war und ein winziges wöchentliches Almosen für jedes Kind. 4) Begräbnissgelder bei Todesfällen in der Familie.

Der erlauchte Prinz und die erleuchteten Kapitalisten, welche die Statuten entwarfen, und die väterliche Regierung, welche sie befüllte, schulden der Welt die Lösung einer Aufgabe: Wenn ein Bergarbeiter bei dem vollen Durchschnittslohn von 2 1/2 Thlr.

per Woche halb verhungert, wie kann er leben mit einer Pension von z. B. 1/20 dieses Lohnes, sage 4 Sgr. per Woche?

Die zarte Rücksicht der Statuten für das Kapitalinteresse leuchtet hell aus der Behandlung der Wundenunfälle. Mit Ausnahme der Werke II. und IV. wird keine Extrantersetzung gewährt, wenn Krankheit oder Tod durch Unfälle „im Dienst“ verursacht wird. In keinem einzigen Fall wird die Pension erhöht, wenn die Invalidität Folge von Wundenunfällen ist. Der Grund ist sehr einfach. Dieser Posten würde die Kassenausgabe bedenklich schwellen und sehr bald auch dem blödesten Auge die Natur der kapitalherrlichen Geschenke verrathen.

Die von den sächsischen Kapitalisten oktroyirten Statuten unterscheiden sich von Louis Bonaparte's oktroyirter Constitution dadurch, daß die letztere stets noch auf den kränkelnden Abklus harrt, während die ersteren ihn bereits besitzen, und zwar in folgendem, allen gemeinsamen Artikel:

„Jeder Arbeiter, der die Dienste des Vereins, sei es freiwillig, sei es gezwungen verläßt, tritt dadurch aus der Knappschaft aus und verliert alle Rechte und Ansprüche sowohl an die Kasse derselben, als an das von ihm selbst eingezahlte Geld.“

Also ein Mann, der 30 Jahre in einem Kohlenwerke gearbeitet, und zur Knappschaftskasse beigetragen hat, verliert alle so theuer erkauften Pensionsansprüche, sobald ihn der Kapitalist zu entlassen beliebt! Dieser Artikel verwandelt den Lohnarbeiter in einen Leibeigenen, bindet ihn an die Scholle, legt ihn der schändlichsten Mißhandlung aus. Wenn er kein Viehling von Fußtritten ist, wenn er sich wehrt gegen Herabdrückung des Lohnes auf den Hungerpunkt, wenn er willkürliche Geldstrafen zu zahlen verweigert, wenn er gar auf amtliche Prüfung der Frage und Gewichte dringt — er erhält stets dieselbe eintönige Antwort: Pade dich, aber die Kassenbeiträge und deine Kassenansprüche gehen nicht mit auf die Reise!

Es scheint paradox, von Leuten in so verworfener Lage männliche Unabhängigkeit und Selbstachtung zu erwarten. Dennoch zählen diese Bergarbeiter, zu ihrer Ehre sei es gesagt, unter den Fortkämpfern der deutschen Arbeiterklasse. Ihre Meister beginnen daher eine große Anruhe zu machen, trotz des ungeschworenen Patts, den ihnen die jetzige Organisation der Knappschaftsvereine bietet. Das jüngste und gemeinste ihrer Statuten (III, es datirt von 1862) enthält folgenden grotesken Vorbehalt gegen Strikes und Coalition:

„Jedes Knappschaftsmitglied hat mit dem ihm nach der Lohnordnung zu stellenden Lohne stets zufrieden zu sein, zu gemeinschaftlichen, die Erzwingung einer Erhöhung seines Einkommens bezweckenden Handlungen sich niemals herzugeben, geschweige dergleichen durch Verführung seiner Kameraden zu veranlassen, vielmehr u. s. w.“

Warum haben die Lehrlinge des Niedermüschnitzer-Kirchberger Steinkohlenbau-Aktienvereins, die Herren V. Krüger, F. W. Schwamkrug und F. W. Richter, nicht auch zu beschließen gerührt, daß von nun an jeder Kohlenkäufer mit ihren höchst eigenhändig festgesetzten Kohlenpreisen „stets zufrieden zu sein hat“? Dies schlägt denn doch den „beschränkten Unterthanenverstand“ des Herrn von Rochow.

In Folge der Agitation unter den Bergarbeitern ist neulich ein provisorischer Statutenentwurf zur Vereinigung der Knappschaften aller sächsischen Kohlenwerke veröffentlicht worden (Zwidau, 1869). Er ist das Werk eines Arbeitercomités unter dem Vorhitz des Herrn S. G. Dinter. Die Hauptpunkte sind:

- 1) Alle Knappschaften sind in eine gemeinsame Knappschaft zu vereinen. 2) Mitglieder bewahren ihre Ansprüche, so lange sie in Deutschland wohnen und ihre Beiträge bezahlen. 3) Eine Generalversammlung aller erwachsenen Mitglieder bildet die höchste Autorität. Sie ernannt einen vollziehenden Ausschuß u. s. w. 4) Die Beiträge der Meister zur Knappschaftskasse sollen die Hälfte der von ihren Arbeitern gezahlten Beiträge erreichen.

Dieser Entwurf drückt keineswegs die Ansicht der intelligentesten sächsischen Bergarbeiter aus. Er kommt vielmehr von einer Section, welche reformiren möchte mit Erlaubniß des Kapitals. Er trägt den Stempel des Unpraktischen auf der Stirne. Welche naive Unterstellung in der That, daß die Kapitalisten, bisher unbeschränkte Herrscher über die Knappschaftsvereine, ihre Gewalt an eine demokratische Generalversammlung von Arbeitern abtreten und trotzdem Beiträge zahlen werden! Das Grundübel besteht gerade darin, daß die Kapitalisten überhaupt beitragen. So lang dies dauert, ist ihnen die Leitung des Knappschaftsvereins und der Knappschaftskasse nicht zu entziehen. Um wirkliche Arbeitergesellschaften zu sein, müssen die Knappschaftsvereine ausschließlich auf Arbeiterbeiträgen beruhen. So nur können sie sich in Trades' Unions verwandeln, welche individuelle Arbeiter vor der Willkür individueller Meister schützen. Die unbedeutenden und zweideutigen Vortheile, welche die Kapitalistenbeiträge bieten, können sie je den Zustand der Leibeigenschaft aufwiegen, wozu sie den Arbeiter zurückdrängen? Wägen die sächsischen Bergleute stets bedenken: — was er immer zur Knappschaftskasse zahle, der Kapitalist erspart eben so viel und mehr am Arbeitslohn. Gesellschaften dieser Art haben die eigenthümliche Wirkung, das Geseß der Nachirage und Zufuhr zum ausschließlichen

*) Es muß selber gesagt werden, daß die Bergarbeiter bis zur neuesten Zeit dieses Lob nicht verdient haben. Bei den Reichstagswahlen waren sie allerdings stets auf dem Platz, im Uebrigen aber haben sie sich sehr wenig geregt. Erst jetzt scheint ihnen das Bewußtsein ihrer Lage aufzukämmern. R. d. S.

*) Der obenstehende Bericht wurde 1869 im Auftrag des Generalrats der internationalen Arbeiterassociation von Karl Marx ausgearbeitet und in Nr. 12 des „Demokratischen Wochenblatts“ von 1869 veröffentlicht. Obgleich schon vor 5 Jahren geschrieben, ist der Bericht doch keineswegs veraltet, und kennzeichnet vortrefflich das sächsische Knappschaftswesen, richtiger Unwesen, das in diesem ganzen Zeitraum nicht die mindeste Reform zum Guten erfahren hat. Da die Knappschaftsfrage jetzt auf der Tagesordnung ist, hatten wir den Wiederdruck des Artikels für zweckmäßig gehalten. R. d. S.

Vorteil des Kapitalisten zu suspendieren. In anderen Worten: durch den ungewöhnlichen Fall, den sie dem Kapital auf individuelle Arbeiter geben, drücken sie die Löhne selbst unter ihre gewöhnliche Durchschnittshöhe herab.

Aber sollen die Arbeiter denn die restierenden Klassen — versteht sich nach Abfindung erworbener Rechte — den Kapitalisten schenken? Diese Frage kann nur gerichtlich gelöst werden. Trug königlich obrigkeitlicher Befähigung schlagen gewisse Artikel der Statuten den allgemeingültigen, civilrechtlichen Prinzipien über Verträge ins Gesicht. Unter allen Umständen jedoch bleibt die Scheidung des Geldes der Arbeiter vom Geld der Kapitalisten die unerlässliche Vorbedingung zu jeder Reform der Knappschaffvereine.

Die Beiträge der sächsischen Kohlenwertbesitzer zu den Knappschaffvereinen enthalten das unfreiwillige Eingeständnis, daß das Kapital bis zu einem gewissen Punkt haftbar ist für die Unfälle, die den Lohnarbeiter während seiner Arbeitsfunktion, in der Arbeitsstätte, an Leib oder Leben gefährden. Statt aber, wie es jetzt geschieht, diese Haftbarkeit zum Vorwand eines erweiterten Kapitaldespotismus machen zu lassen, geht es den Arbeitern, für die gesetzliche Regelung der Haftbarkeit zu agitieren.*)

Zuckerbrod und Ruthe.

Während die amtlichen Organe der preussischen Regierung: Tessendorf und Stieber aus Leibeskräften tessendorfen und stiebern, macht das gleichfalls amtliche Organ der preussischen Regierung: die „Provinzialkorrespondenz in Arbeiterfreundlichkeit und Lösung der sozialen Frage. Wir kennen diese Arbeiterfreundlichkeit; wir kennen den Text, wir kennen das Lied, wir kennen die Herren Verfasser, und haben feinerzeit Text, Lied und Verfasser in diesen Blättern con amore gezeichnet und gekennzeichnet. Das neueste Lied, welches die bekannten Verfasser uns vorweisen, lautet im Text:

„Inmitten der tiefgehenden Bewegung, welche auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen stattfindet, hat unsere Regierung ihre Aufgabe jeder Zeit darin erkannt, unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes der freien Entfaltung der Erwerbstätigkeit, einerseits schützend einzutreten, wo die freie Verwerthung der Arbeitskraft behindert oder gelähmt wird, andererseits dem Mißbrauch der gewährten Freiheit zu wehren und durch wohlwollende Unterstützung alle Bestrebungen zu fördern, welche aus dem wirtschaftlichen Leben des Volkes heraus gegen die Uebelstände einer schrankenlosen gewerblichen Entwicklung ankämpfen.

In dieser Richtung hat namentlich der Schutz der Frauen und Minderjährigen, welche in Fabriken beschäftigt sind, bereits in der preussischen Gewerbebesetzung besondere Beachtung gefunden, und die durch Erfahrung bewährten Grundzüge derselben sind auch in die Gewerbeordnung für das deutsche Reich aufgenommen worden.

Die Reichsbehörden haben den gewerblichen und sogenannten sozialen Fragen in den letzten Jahren fortgesetzt eingehende Erwägungen gewidmet und die Mittel und Wege in Betracht gezogen, durch welche von Seiten des Staates die Beseitigung wirklicher Nothstände in den Arbeiterklassen gefördert werden kann.

Im Zusammenhang dieser Erwägungen ist das Augenmerk der Reichsbehörden auch auf die Erweiterung des gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen gerichtet. Nach einem Beschlusse des Bundesrathes sollen zur Vorbereitung der benötigten Entschlüsse umfassende Untersuchungen über die obwaltenden Zustände in sämtlichen Bundesstaaten stattfinden.

Nächst den allgemeinen statistischen Erhebungen über die Zahl der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter verschiedenen Alters, über die Arbeitszeit, die Höhe des Wochenlohns u. s. w. sind ferner bestimmte Fragen zur eingehenden Erörterung über die Arbeitsverhältnisse aufgestellt.

Zunächst in Betreff der Arbeiterinnen.

In Bezug auf die Sonntag- und Nachtarbeit soll festgestellt werden: ob ein Theil der regelmäßigen Arbeitszeit auf die Nacht und auf welche Stunden, auf den Sonntag und auf welche Stunden fällt, und ob die Arbeiterinnen daran Theil nehmen müssen.

In Betreff der Arbeitsräume, ob sie von denen der Männer gesondert sind, ob weibliche Aufsicht bestellt sind u.

In Betreff der Arbeitsverhältnisse: ob zu Gunsten der Arbeiterinnen, zumal vor oder nach der Niederkunft und bei Krankheitsfällen in der Familie, besondere Erleichterungen, auch zur Fürsorge für die Kinder (Bewahranstalten u.), bestehen?

Die Erörterung soll sich ferner auf die besonderen, mit einzelnen Industriezweigen, sei es im Allgemeinen, sei es an gewissen Orten, verknüpften Mißstände erstrecken, und zwar namentlich in Betreff der Gesundheitsverhältnisse, sowie der sozialen und sittlichen Verhältnisse. Es soll näher festgestellt werden, ob unter den Arbeiterinnen bestimmte gesundheitsgefährliche Einwirkungen der Arbeit bemerkbar geworden sind und worin dieselben ihren Grund haben, — ob die Arbeit selbst für die Arbeiterinnen eigentümliche Gefahren mit sich bringt, — ob sich der Gesundheitszustand der Arbeiterfamilien, in Bezug auf die Frauen selbst, sowie in Bezug auf die Sterblichkeit oder Verkümmern der Kinder als besonders ungünstig erweise. In Betreff der sozialen Verhältnisse werden die Wahrnehmungen in Bezug auf frühzeitiges Heirathen, auf die Zahl der unehelichen Geburten, sowie die Anzeichen der Vernachlässigung und Erziehung der Kinder, mangelhafter Schulbesuch u. vorzugsweise in's Auge zu fassen sein.

Was die Abhilfe vorhandener Mißstände betrifft, so tritt zunächst die Frage hervor: ist eine Abhilfe möglich, ohne Beschränkung der Fabrikarbeit, — ist sie zu erreichen durch Verbesserung der Fabrikeinrichtungen, durch besondere Einrichtungen und Vorschriften zu Gunsten der Arbeiterinnen, durch Einwirkung auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterfamilien außerhalb der Fabriken, namentlich durch Unterrichts-Anstalten für weibliche Arbeiter, durch Einrichtungen zur Beaufsichtigung und Beschäftigung der Kinder u. s. w., — oder erscheint zur Abhilfe Einschränkung der Fabrikarbeit nöthig, und zwar bezüglich gewisser Tagesstunden oder bezüglich der Nacht- oder Sonntagsarbeit, bezüglich aller Arbeiterinnen oder nur gewisser Klassen (der jugendlichen, — der verheiratheten?), — oder bedarf es endlich eines gänzlichen Verbots einer gewissen oder jedweder Beschäftigung in dem bestimmten Industriezweige.

Die Durchführbarkeit der vorzuschlagenden Maßregeln hängt mit der Frage zusammen, ob die Durchführung derselben etwa die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilien erheblich benachteiligen würde, ob insbesondere anzunehmen ist, daß das den Familien

nach Verkürzung der Frauenarbeit verbleibende Einkommen noch eine genügende Subsistenz gewähren würde, — daß den Arbeiterinnen anderweit Gelegenheit zu einem den Lohnverlust ausgleichenden Verdienst geboten sein würde, oder daß die Nothwendigkeit eines Ersatzes einer Erhöhung des Lohnes der Arbeiter nach sich ziehen würde? — Es muß weiter in Betracht kommen, ob die Durchführung der betreffenden Maßnahmen den Industriezweig selbst erheblich schädigen würde, ob insbesondere der Mehrbedarf an männlichen Arbeitern un schwer und ohne Nachtheil für andere Erwerbszweige sich decken ließe, — und ob durch Vertheuerung der Arbeitskraft die Preise der Fabrikate in einer den Absatz hemmenden Weise erhöht würden.

Es sollen in allen diesen Beziehungen die thatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken dargelegt werden.

Die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter sind gesetzlich zunächst dahin geregelt, daß Arbeiter zwischen 12 und 14 Jahren höchstens 6 Stunden, solche zwischen 14 und 16 Jahren höchstens 10 Stunden täglich beschäftigt werden sollen. Es wird nun zuvörderst festzustellen sein, inwieweit diese Bestimmungen nicht zur Ausführung gelangen oder zeitweise nicht beachtet werden. Es fragt sich ferner, ob sich gesetzliche Bestimmungen empfehlen, welche eine schärfere Kontrolle ermöglichen, namentlich für Arbeiter unter 14 Jahren Bestimmungen, wonach dieselben Kinder vor oder nach der Mittagspause (oder einer gewissen Tagesstunde) beschäftigt werden dürfen.

Jugendlichen Arbeiter ist nach der Absicht des Gesetzes nicht gestattet, in den Arbeitspausen aus freien Stücken fortzuarbeiten. Es kommt nun die Frage, welche Einrichtungen zu treffen sind, um die Umgehungen dieser Bestimmung zu verhüten, und ob dafür die Arbeitgeber unter allen Umständen verantwortlich zu machen sind.

Es fragt sich weiter, ob eine Verschärfung der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter im Interesse der Letzteren selbst angemessen erscheinen, — ob die in dieser Beziehung vorzuschlagenden Maßregeln etwa den Nahrungsstand der Arbeiterfamilien beeinträchtigen oder die Betriebsverhältnisse der Industrie erschüttern würden.

Die Kontrolle des Gesetzes in den erwähnten Beziehungen wird bisher von den ordentlichen Aufsichtsbehörden geführt. Es soll erwogen werden, inwieweit behufs schärfere Kontrolle die Anstellung besonderer Aufsichtsbeamten (Fabrik-Inspektoren) als Bedürfnis erscheint, — unter welchen Voraussetzungen je nach Art oder Umfang des Industriebetriebes einer Ortschaft die Anstellung solcher Beamten gesetzlich vorzuschreiben und mit welcher Kompetenz dieselben auszustatten sein würden.

Die hienach vorzunehmenden Erhebungen sollen außer der eigentlichen Fabrikarbeit und der Arbeit in Berg- und Hüttenwerken auch die Beschäftigung in solchen Werkstätten umfassen, in welchen während der eigentlichen Betriebszeit gewöhnlich mindestens zehn Personen thätig sind, — dagegen nicht die Arbeit in der Hausindustrie und dem eigentlichen Handwerk. Die allgemeinen statistischen Ermittlungen werden wesentlich auf amtlichem Wege erfolgen, doch, soweit es die Umstände erfordern, unter Zuziehung von zuverlässigen Fabrikanten und unbefangenen Vertretern des Arbeiterstandes. Für die übrigen Erhebungen sollen ausdrücklich nicht nur die Ansichten der Behörden, sondern auch die Anschauungen sachkundiger Privatpersonen in Betracht kommen, und zwar außer geeigneten Persönlichkeiten des Gewerbebestandes — Arbeitgebern wie Arbeitnehmern — auch solche Männer aus anderen Berufsweigen, welche mit dem industriellen Leben in näherer Berührung stehen, besonders Aerzte, Geistliche, Lehrer u. Je nach den Verhältnissen werden dieselben mündlich oder schriftlich, einzeln oder für kleinere Bezirke zu gemeinschaftlicher Beratung vereinigt, gehört werden.

So die „Provinzialkorrespondenz“. Auf eine ins Einzelgehende Kritik können wir uns nicht einlassen, da wir nur hundertmal Gesagtes zu wiederholen hätten. Und wenn die in Aussicht gestellten Regierungsmaßregeln vor den Reichstag kommen, werden wir uns des Näheren mit ihnen zu beschäftigen haben. Für heute nur so viel: An schönen Worten läßt das preussische Regierungsgesetz es nicht fehlen, aber von schönen Worten wird man bekanntlich nicht satt. Schöne Worte sind nichts, wenn sie sich nicht in Handlungen umsetzen; und schöne Worte sind schlimmer als nichts, wenn sie mit den Handlungen im Widerspruch stehen. Letzteres ist aber der Fall mit den schönen Worten der preussischen Regierung. Wie können wir glauben, daß eine Regierung, welche nur die natürlichen Gegner der Arbeiter, oder Beamte und solche Arbeiter, die „unbefangene“, d. h. Segner der Emanzipationsbestrebungen ihrer eigenen Klasse sind, für beruflich hält, ein Wort in der Frage der Frauen- und Kinderarbeit abzugeben, die Grenz der Frauen- und Kinderarbeit ernsthaft beseitigen wolle? Wie können wir glauben, daß eine Regierung, die Menschen wie Tessendorf und Stieber zur Verfolgung jeder selbstständigen aus dem Schooß des Proletariats hervorgegangenen Arbeiterbewegung anstellt, die materielle und geistige Hebung der Arbeiterklasse ernsthaft anstrebe? Die soziale Frage läßt sich durch einen Nachspruch weder aus der Welt schaffen, noch lösen. Am wenigsten wird sie durch jenes traurige Regierungssystem gelöst, welches den Staat als Kinderspiele betrachtet und mit Zuckerbrod in der einen, und der Ruthe in der anderen Hand manipuliert. Euer Zuckerbrod verlockt uns nicht; euer Tessendorf-Stieber-Ruthe erschreckt uns nicht. Wollt ihr, daß wir an euer Ehrlichkeit glauben, so laßt diese Kindereien, und unterstützt die Arbeiter in ihrem Befreiungskampfe, statt ihnen Hindernisse in den Weg zu legen, die zwar den Fortschritt nicht hemmen, aber euer Feindschaft beweisen, und euer arbeitserfreundlichen Phrasen jeden Werthes entkleiden! Die soziale Frage kann (und wird vermuthlich) ohne, ja gegen euch gelöst werden; sie kann aber nicht ohne die Arbeiter gelöst werden. Das merkt euch.

Politische Uebersicht.

— Nothstand in Berlin. Angesichts der skandalösen Aufschneidereien der Berliner Steuereinschätzungskommission, ist es von doppeltem Interesse, daß sogar die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ den unter einem Zwang der Arbeiter Berlins, unter den Weibern, herrschenden Nothstand zugeben muß. „Aus den Kreisen der hiesigen Weber“, so schreibt man der „M. Z.“ aus Berlin d. d. 25. September, „verlauten Klagen über Arbeitsnoth, die immer dringender werden. Man fürchtet, daß trotz des namhaften Sinkens der Getreidepreise in manchen Schichten unserer Arbeiterbevölkerung, namentlich der bezeichneten Industrie, der Mangel während des Winters zu einer wirklichen Calamität sich steigern werde und denkt schon jetzt auf Abhilfe. Leider sind noch keine Anzeichen vorhanden, daß die reichen Enten des Jahres auch ein Billigwerden der Lebensmittel hier herbeiführen werden, und wir bleiben muthmaßlich trotz alledem und alledem auf einer Höhe der Preise stehen, auf die wir in den letzten Jahren mit

Gewalt hinaufgeschraubt worden sind, und die für jene wenig einträglichem Erwerbssparen geradezu unerschwinglich sind. Hier so fügt der Correspondent, an der Schulze'schen Banace*) vor zweifelnd, hinzu, „hier wird besonders bei den lokalen Ursachen des Leidens, weder die Selbsthilfe, noch das laissez faire et aller***) der Manchestertheorie ausreichen; man wird daran denken müssen, das Uebel auf energische Weise zu beseitigen.“

Auf welche „energische Weise“, das sagt er freilich nicht. Der Berliner Handwerker, gleich den sächsischen und schlesischen, könnte die Conkurrenz mit der Maschinenweberei nicht anhalten; sie geht zu Grunde, d. h. verhungern mehr oder weniger langsam, wenn ihnen nicht Hilfe geleistet wird. Diese Hilfe kann aber, da die Privatwohlthätigkeit hier bei Weitem nicht ausreicht, abgesehen davon, daß es eine Beleidigung der Arbeiter wäre, ihnen Almosen zu bieten, wo sie ein Recht haben zu fordern — die Hilfe kann aber nur der Staat leisten, der dazu allein die Macht und unzweifelhaft auch die Verpflichtung hat. In seinem Roman „Eybil“ hat der jetzige englische Premierminister Disraeli ausdrücklich diese Verpflichtung des Staates den (mittlerweile glücklich ausgeforderten) englischen Handwerkern gegenüber anerkannt. An Mitteln fehlt's uns nicht; wir haben „heidenmäßig viel Geld“; und mit der Hälfte des Militärbudgets und den für die Dotationen an sich schon überreichlich bezahlten Leute wie Bismarck, Molke u. ausgegebenen Summen wäre der deutschen Webernoth wohl zu steuern. Doch was will das heißen? Der heutige Klassen- und Militärstaat braucht zwar das Blut- und Eisenvolk der Bismarck und Molke, ob aber eine halbe Million fleißiger Arbeiter, wie die Handwerker es sind, Grunde geht oder nicht, ist ihm vollkommen gleichgültig. Der „Kuhm“ des neuen Reichs der Gottesfurcht und frommen Sittenthut's keinen Abbruch. Verhungerte Arbeiter sind's nicht, denn Fürst Bismarck seine schlaflosen Nächte verdankt.

— Den Quednauer Rebellen ist von den bürgerlichen Geschworenen ihr Urtheil gesprochen worden. Ein Telegramm des Wolfischen Bureau's vom 27. September besagt:

„Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen die 37 Rädelsführer bei den Quednauer Unruhen ist vergangene Nacht 11 Uhr nach vierstündiger Dauer beendet worden. Die Geschworenen sprachen sich über 36 Angeklagte aus, einen frei. Von den Schuldigen gesprochen wurden 20 zu Zuchthaus von 2 bis 5 Jahren und Verweisung der bürgerlichen Ehrenrechte von gleicher Dauer, 16 zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis 3 Jahren, 13 davon zeitweiligem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt.“

So wäre Staat und Gesellschaft wieder einmal gereinigt; umman die preussischen Landarbeiter wissen nun, daß es ganz in der Ordnung unserer besten der Welt ist, wenn Arbeiter, aus dem Hundeloch („Kaufse“) geworfen werden. Wir kommen auf den Prozeß zurück.

— Zur Sedanfeier wollen wir noch einen Nachtrag an der durchaus reichsfreundlichen „Mannheimer Zeitung“ bringen. In dieser Blatte, das übrigens gegen die Sedanfeier Stimmung machte, schrieb am 3. September ein „Patriot“:

„Gestern Abend, als man an gewissen Stellen des Rheins von verschiedenen Seiten die Kanonen- und Böllerschüsse erhörte, welche dem Sedanfest galt, da konnte sich derjenige, welcher dem Bombardement von Straßburg angewohnt hatte, in eine Nacht des Septembers 1870 zurückversetzt glauben, als eine fast unaufhörlich flammende Feuersäule aus dem alten Reichsstadt hoch wie der Münsterthurm gen Himmel lochte. In bloß sekundentlangen Pausen tönte auch damals, bald von diesem bald von jenem Theile des Batterieerings das dumpfe Bumm! Bumm! der Mörser und Kanonen, welche Tod und Brand in die unglückliche Stadt schleuderten, in dieselbe Stadt, die ein Jahr vorher deutsche Schützenbrüder aus den benachbarten Gauen so freundlich und festlich bewirthet hatte. Von dem Reichthum in Auenheim konnte man Nachts die Signalhörner der Feuerweh in der belagerten Stadt, ja selbst das Jammern der Weiber hören, wenn unversehens die tödtlichen Geschosse in die dicht besetzte Haus fielen, zündeten und den Betroffenen in einmal Zeit ließen, das nackte Leben zu retten. Denn, wo die Loh aufblannte und die Feuerweh arbeitete, dahin zielte erst recht die Schüsse der Batterieen.“

„Im botanischen Garten zu Straßburg aber lagen dann die Leiden der Beschmetterten, alte Männer, Frauen, kleine Kinder darunter; im Ganzen mehrere Hunderte. Und wie sah es aus in der Stadt, als wir nun einzogen! Zerstörung um Jammer an allen Orten; die kostbare Bibliothek, die Kunstsammlungen verbrannt, kein Haus fast, dessen Dach nicht von Geschossen durchlöchert war.“

Ein ächtes „Culturbild“ aus der „Aera Krupp“, wie ein Tropfen von Zeitungschreibern unsere Zeit genannt haben.

Wer hat sonach Hunderte von Häusern in Brand geschossen? Wer hat Weiber, Kinder und Greise nicht verschont? Wer hat selbst die Rettungsversuche der Feuerweh verhindert? Wer hat Kunstsammlungen und Bibliotheken zerstört?

„Die Pariser Commune!“ hat bisher die Bourgeoispreffe aus vollem Halse geschrien. — Wagt Ihr es nun noch, Angesichts dieses Zeugnisses aus Eurem eignen Mund, ihr Berherrlicher „Aera Krupp“?

— „Pressfreiheit wie in Deutschland.“ Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben:

„Im Preßgesetz hat man plötzlich ein großes Loch entdeckt. Der Fall, daß der Appellgerichtspräsident Gerlach in Magdeburg wegen einer daselbst erschienenen Broschüre daselbst und in den ganzen preussischen Monarchie unbehelligt bleibt, aber vom Staatsanwalt in Woblaw verfolgt wird, hat es an den Tag gebracht, daß in dem Reichspreßgesetz eine Bestimmung darüber fehlt, ob ein Preßzeugniß wegen seines etwaigen strafbaren Inhalts in dem Wohnorte des Verfassers oder Verlegers zu verfolgen ist. U kann vielmehr, wie der Gerlach'sche Fall zeigt, vorkommen, daß ein Preßzeugniß, das in Leipzig erschienen ist, dort ganz unbehelligt bleibt, während es einem verfolgungswüthigen Staatsanwalt in Schöppenstädt, Posenmüdel oder Ragenellenbogen einfällt, es dort den Prozeß zu machen. Daß dies eine sehr große Gefahr für die Pressfreiheit bedeutet, liegt klar zu Tage.“

Ja, das ist das deutsche Spießbürgerthum. Jetzt, nachdem das Preßgesetz angenommen und in Kraft getreten ist, sieht man ein, daß eine Bestimmung derselben „eine große Gefahr für die Pressfreiheit bedeutet“. Aber als die Sozialdemokratie im Reichstage gegen dies Preßgesetz opponierte, da fanden es die Spießbürgerblätter ganz in der Ordnung, daß das „Volk“ der Herr

*) Heilmittel für Alles.
**) Das Geben- und Gewährenlassen — die unbeschränkte Freiheit der Ausbeutung.

*) Durch das neue sächsische Berggesetz, sowie durch das Haftpflichtgesetz des deutschen Reichstages wird die Haftbarkeit einigermaßen geregelt, jedoch in durchaus ungenügender Weise. R. d. S.

...und Bagener lichte, kräfte, wickerte und karmte, solange ...
...Abgeordneten sprachen. Und gerade bei Gelegenheit des ...
...Freiheits war es, wo die reichsfreundliche Sippschaft einen solchen ...
...Fland machte, daß die Rede unseres Freundes Weib, der gegen ...
...Freiheits sprach, kaum verstanden werden konnte. In, viele ...
...Blätter unterdrückten sogar diese Rede in ihren Reichstags- ...
...richten. Wenn nun eines schönen Tages der Tessenort auch den ...
...Dredner "Nachrichter" holt, so erntet der Letztere nur, was er hat ...
...helfen.

— Auch in Frankfurt tessendorf-stiebert es. Am Montag ...
...September) in aller Frühe wurden bei etwa 40 Mitgliedern ...
...sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Allgemeinen deutschen ...
...Arbeitervereins umfassende Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sich ...
...auf die Vereins- und Versammlungsorte erstreckten. Die ...
...ausführende Polizei beschlagnahmte verschiedene Papiere, darunter ...
...Druckschriften und Broschüren, die seit Jahren durch den ...
...Handel, wie durch Colportage ungehindert vertrieben werden. In ...
...nach den Cassen der Parteien wurde gesucht, natürlich ohne ...
...Erfolg. Das ganze Resultat wird sein, daß unsere Bewegung ge- ...
...schwächt wird. In München hat sich dies recht deutlich gezeigt, ...
...da der neugegründete "Arbeiterbund" trefflich gedeiht, und der ...
...Zeitgeist seit Beginn der jüngsten Polizeirazzia seinen Abon- ...
...nentenstand namhaft vermehrt hat. — Ähnlich in Berlin. Der ...
...Sozialist, dessen Gründung wir unserem Ehrenmitglied Tessen- ...
...ort verdanken, hat sich rasch eine bedeutende Leserschaft erworben ...
...und bringt das "sozialdemokratische Gift" in Kreise, die uns bisher ...
...geschlossen waren.

— Am 29. September verließ unser braver Colleague Blos ...
...Frankfurt, nachdem er am 23. seine Haftzeit im hiesigen Bezirksge- ...
...richt beendigt. Er geht zunächst nach Mainz, um die Redaktion ...
...der "Süddeutschen Volksstimme" zu übernehmen.

Basel. Aufruf an alle Schreiner- (Tischler-) Arbeiter des ...
...Auslandes. Wir sind in den Stand gesetzt, allen Schreiner- ...
...Arbeitskollegen anzuzeigen, daß die hiesigen Berufskollegen für die Ver- ...
...besserung ihrer schlechten ökonomischen Lage zusammengetreten sind ...
...und einen Schreiner-Fachverein ins Leben gerufen haben. Der ...
...Fachverein zählt schon über hundert Mitglieder, und wird sich ...
...der Sache bei unermüdlicher Agitation in kurzer Zeit noch bedeutend ...
...vergrößern. Vereinigung thut uns noth, denn bei einem Wochen- ...
...lohn von 6—8 Frs. gleich 1 Thlr. 18 Gr. bis 2 Thlr. 4 Gr. ...
...nebst Kost und Logis*) und 11—12stündiger Arbeitszeit wird ...
...man wohl einsehen, daß wir zusammenstehen müssen, um uns auch ...
...gegen etwas menschenwürdigerer Lage zu erkämpfen. Zu dem kommt, ...
...daß die Arbeiter hier nur sehr schwer operiren können, denn der ...
...Belastung in diese Grenzstadt ist hauptsächlich von Deutschland her ...
...her eingewandert, die Arbeitkräfte sind daher hier sehr wohlfeil, ...
...worauf auch besonders die Schuld liegt, daß schon so manche Unter- ...
...nehmungen, welche von Seiten der Arbeiter angeregt wurden, mis- ...
...lungen sind. Wir erlassen deshalb an alle Berufskollegen, welche ...
...nach Basel zu reisen gedenken, den Aufruf, sich unverzüglich unserer ...
...Organisation anzuschließen, denn nur Einigkeit macht stark. Die ...
...Versammlungen des Fachvereins finden jeden Mittwoch Abend im ...
...ersten Stock des Hotel Stark, Schwamengasse statt.

Basel, im September 1874.
Namens des Schreiner-Fachvereins:
Der Präsident F. Grete. Der Aktuar H. Krueger.
Alle arbeitervreundlichen Blätter sind ersucht, von Obenstehendem ...
...gefälligst Notiz zu nehmen.

Gewerkschaftliches.

Biesbaden. Gewerkschaft der Schuhmacher. Einnahme: Aus der ...
...Gewerkschaftskasse fl. 94. 30., von der Schneidergewerkschaft dahier ...
...10. 15., aus Coburg durch Th. Simon fl. 2. 58., von Herrn ...
...Sabor aus Frankfurt fl. 2., aus Nürnberg d. 3. Geier fl. 10., ...
...aus Mainz (erste Send.) fl. 19. 40., aus Göttingen d. 3. 30., ...
...aus Leipzig d. Hagener (erste Send.) fl. 8. 45., von Tapezierern ...
...aus Frankfurt d. T. Kaufmann fl. 1. 37., aus Offenbach d. ...
...Rüfzig (erste Sendung) fl. 10., aus Erfurt durch A. Wenige ...
...2. 10., von der Schuhmacher-Gewerkschaft aus Frankfurt ...
...Schaade fl. 4., aus Offenbach d. P. Rüfzig (zweite Send.) ...
...7. 30., aus Konstanz d. J. Stadelhofer fl. 2. 20., aus Mainz ...
...zweite Send.) fl. 6. 42., aus Augsburg d. Endres (erste Send.) ...
...7., vom Allgemeinen Schuhmacherverein aus Frankfurt durch ...
...Schneider fl. 10. 30., aus Koblitz d. Voel fl. 2. 46., aus Offen- ...
...bach d. P. Rüfzig (dritte Send.) fl. 5., aus Köln d. Ebenbach ...
...erste Send.) fl. 3. 30., aus Stuttgart d. B. Schröder fl. 10., ...
...aus Cannstatt d. denselben fl. 4. 43., aus Heidelberg d. Walter ...
...2. 9., aus Augsburg d. Wackerlein (zweite Send.) fl. 2., aus ...
...Leipzig d. Reigner (zweite Send.) fl. 7., aus der Gewerkschafts- ...
...hauptkasse fl. 17. 30., aus Mannheim d. Maurer fl. 3., aus ...
...Köln d. Ebenbach (zweite Send.) fl. 1. 45., aus Augsburg d. ...
...Andres (zweite Send.) fl. 4., aus München d. Eiermann fl. 10., ...
...aus Bremen d. Mohner fl. 7., Einnahmen in der Gewerkschaft ...
...Monatsbeiträgen, Einschreibgebühren, Tarifen u. s. w. fl. 34. 35., ...
...von Collegen, welche nach dem neuen Tarif arbeiteten fl. 115. 13. ...
...Ausgaben: Für tägliche Unterstützung der Streikenden fl. 376., ...
...für abreisende Collegen fl. 30. 28., für zureisende Collegen ...
...38. 9., für Lohnentwerfer, Druckkosten, Porto, Papier und son- ...
...stige Nebenausgaben fl. 31. 20., an die Hauptkasse für zweites ...
...Quartal fl. 11. 6.

Bilanz. Einnahme: fl. 434. 8. Ausgabe: fl. 487. 3. Bleibt ...
...Defizit: fl. 52. 55.
Obige Rechnung ist geprüft und für richtig befunden. Die ...
...Kontrollen: H. Friedrich, Louis Eg, W. Kaufmann.
Sollte sich ein Fehler eingeschlichen haben, so bitten wir, uns ...
...hierzu zu berichten. G. Schäfer, Kassirer.

Collegen allerorts! Wir danken für die kräftige Unterstützung, ...
...die uns bei unserm Strike zu Theil wurde, und versprechen auch ...
...unser Möglichstes zu thun, wenn Ihr in die gleiche Lage kommt. ...
...Auch wollen wir nicht vergessen, auf unsern neun Wochen langen ...
...Strike und dessen Vorkommnisse zurückzukommen. Daß wir die ...
...Sieger des langen und sehr hartnäckigen Strikes sind, wollen wir ...
...nicht behaupten, obgleich eine bedeutende Zahl der einsichtsvollen ...
...Meister unsere Forderung bewilligte; aber das können wir sagen, ...
...daß der Lohn im Allgemeinen gestiegen ist, ja daß in den gang- ...
...baren Geschäften meistens nach dem neuen Tarif bezahlt wird. ...
...Es wäre uns leicht gewesen, unsre Forderung in kurzer Frist durch-

zubringen, wenn alle Collegen, welche uns vor Beginn des Strikes ...
...Ihre Ehrenwort gaben, sich nicht — theils aus Furcht, theils um ...
...einen besseren Platz zu bekommen — den Arbeitgebern unterworfen ...
...hätten. Letztere versprachen natürlich Alles, um nur die nöthigen ...
...Arbeitskräfte zu bekommen. Es frage sich aber ein jeder unserer ...
...Collegen, ob er uns gegenüber, die wir Alles aufopfereten, um ...
...eine bessere Existenz zu erringen, ehrlich gehandelt hat. Auch eine ...
...Anzahl der verheirateten Collegen, welche im Verhältnis zu den ...
...unverheirateten des größeren Vortheils von einer Lohnerhöhung ...
...haben, stellten sich gegen uns und arbeiteten sogar zum Theil ...
...mehr als gewöhnlich, nur um sich bei den Meistern recht beliebt ...
...zu machen. Noch möchten wir ein größeres Geschäft anführen, wo ...
...sämmliche Collegen, mit einer einzigen Ausnahme, fortarbeiten, ...
...und noch dazu nicht bloß für ihren Meister, sondern auch für die ...
...Geschäfte arbeiteten, wo unsere Collegen die Arbeit eingestellt hatten ...
...dies die "Nächstenliebe" eines Arbeiters!). Nun, wir wollen ab- ...
...warten, ob die Genannten Männer von Wort zu Arbeitgebern ...
...haben. Collegen! Bei Beginn des Strikes sah man bei unseren ...
...mäßigen Forderungen und dem regen Geiste der Collegen den ...
...Sieg fast vor Augen. Doch das Benehmen unserer Mitcollegen ...
...gab uns einen heftigen Schlag. Trotzdem hielten die Streikenden ...
...tapfer aus, und die bedeutende Zahl der Abreisenden ermöglichte ...
...uns wenigstens einen theilweisen Sieg.

Ganz anders benahmen sich die Arbeitgeber. Als wir vor Be- ...
...ginn des Strikes eine Zuschrift nebst neuem Tarif an den hier ...
...bestehenden Meisterverein sandten, tauchte in letzterem der Vor- ...
...schlag auf, uns auf diese Forderung (bei 12stündiger Arbeitszeit ...
...verlangten wir 1 fl. 18 kr.) gar keine Antwort zu geben, die Ar- ...
...beiter also einen Antwort gar nicht werth zu erklären; man erklärte ...
...sich aber schließlich für nicht kompetent, was doch besagt, daß der ...
...Meisterverein, welcher die Hebung des Gewerkes in die Welt po- ...
...saunt, ohnmächtig geworden ist. Wir wandten uns hierauf sogleich ...
...an die gesammte Meisterschaft, wodurch wir auch gleich von An- ...
...fang mehrere Unterschriften erhielten. Und nun einige Beispiele ...
...von unsern so menschenfreundlichen und humanen Meistern.

Ein gewisser S. kam zu einem seiner Mitmeister und sagte ...
...ganz laut, so daß es einige unserer vorübergehenden Collegen ...
...hörten: "Die Hunde wollen Strife machen." Ein anderer, S., ...
...will sich sogar der Mühe unterziehen, um einen Collegen, welcher ...
...standhaft war, und der bei der diesjährigen Rekrutierung auf Re- ...
...klamation zurückgestellt worden war, zum Militär zu bringen. ...
...Genannter, ein Hauptwortführer der Meister, hat noch Ähnliches ...
...derart geliefert, was wir jedoch unerwähnt lassen wollen. Auch ...
...beschlossen die Meister, keinen der Streikenden im ersten halben ...
...Jahre wieder in Arbeit zu nehmen. Doch der Beschluß ließ sich ...
...nicht durchführen. Ebenso anständig wie unsere Arbeitgeber be- ...
...trahmte sich die hiesige Presse; sie bot Alles auf, um uns bei dem ...
...Publikum in Mißkredit zu bringen; kamen wir mit einer Ver- ...
...sicherung, so wurde sie gar nicht oder bloß verflümmelt aufgenommen. ...
...Auch die Polizei that ihr Möglichstes; wenn sie uns auch nicht ein- ...
...sperren konnte, indem wir ihr keinen Vorwand ließen, so kamen ...
...doch alle Tage Anklagen gegen die Redner in unsern Versamm- ...
...lungen.

Dies wären in Kürze die Vorkommnisse während des Strikes. ...
...Wir haben Erfahrungen gemacht, die wir benutzen werden. Auch ...
...die auswärtigen Collegen mögen Notiz davon nehmen; möge ein ...
...jeder uns fernstehende Colleague einsehen, wie nothwendig es ist, ...
...der Gewerkschaft beizutreten. Wären alle hier arbeitenden Collegen ...
...in der Gewerkschaft gewesen, so wäre der Sieg uns sicher und ...
...leicht gewesen.

Unsere Versammlungen finden jeden Montag im Gasthaus zum ...
...Anker, Neugasse statt; das unentgeltliche Arbeitsnachweisedureau ...
...befindet sich bei Unterzeichnetem und werden alle Collegen ersucht, ...
...sich dorthin zu bemühen!

Mit Brudergruß! Im Auftrage sämmtlicher Collegen
Heinrich Schäfer, Grabergasse Nr. 3.
Lindenau-Platzwig. 27. September. Unsere drückende Lage ...
...in Folge der Steigerung aller Lebensbedürfnisse zwang uns, unsere ...
...Arbeitgeber um eine kleine Lohnerhöhung zu ersuchen, und legten wir ...
...ihnen zu diesem Zwecke einen sehr bescheidenen Tarif vor mit dem ...
...Bemerkung, daß wir gern erköthig wären, mit ihnen zu unterhan- ...
...deln. Wir erhielten aber eine ganz kurze und kalte Antwort: ...
...Sie könnten sich auf nichts einlassen und würden unbedingt an ...
...den alten Lohnsätzen festhalten (Halbstiefel 27 1/2 Gr., Vorschuhe ...
...20 Gr., Stiefelettenböden 20 Gr., Zeugstiefel mit Abs. 12 1/2 Gr., ...
...Kantstiefel 17 1/2 Gr.) Der Hauptmann dieser famosen Meister- ...
...stunde ist ein gewisser S. *) welcher gesagt hat, er werde lieber den ...
...Platz vermieten, wo seine Leute sitzen, als einen Pfennig Lohn ...
...mehr bezahlen, und der in allen Versammlungen ausrief, daß ...
...er seinen Leuten Mittags Braten für 2 1/2 Gr. gäbe (S. ist ...
...nebenbei gesagt Mitgründer des hiesigen Volksbildungvereins; — ...
...auch eine Speiseanstalt wollen die Leuten errichten).

Wir haben nun beschlossen, uns recht fest zu organisiren, um ...
...unsre gerechte Forderung gelegentlich zu wiederholen und auf alle ...
...Fälle durchzusetzen. Wir ersuchen alle Collegen, uns den Bezug ...
...nach hier fernzuhalten. Die Gewerkschaft macht hier gute ...
...Fortschritte, und wir werden nicht eher ruhen und rasten, als bis ...
...der letzte Mann beigetreten ist. Unser Verkehrslokal ist bei Herrn ...
...Lange, goldner Stern, Poststraße in Lindenau, und können wir dasselbe ...
...allen durch- und zureisenden Collegen bestens empfehlen.

Mit collegialem Gruß Im Auftrage: E. B.
Metallarbeitergewerkschaft.
Braunschweig 26. Septbr. Bis auf weitere Bekanntmachung ...
...ist für Würzburg Georg Seemann, Maiersgasse 1, mit der Lei- ...
...tung der dortigen Mitgliedschaft betraut worden. Für Hannover ...
...wurde wegen Abreise Weisopfs A. Pepsch, Poststr. 13, 2 Tr., ...
...zum Bevollmächtigten gewählt. Für den Ausschuß:
E. J. Müller.

Correspondenzen.

Berlin. 23. Sept. Heute war brillante Hausdurchung bei den ...
...Bevollmächtigten der Holzarbeitergewerkschaft G. Lemke, desgleichen ...
...bei dem Schriftführer derselben A. Richter; man suchte angeblich ...
...Correspondenzen; da das Gewünschte jedoch nicht vorgefunden ...
...wurde, so mußte man unverrichteter Sache wieder abziehen. ...
...Schaut euch wohl um, schaut euch wohl um, ...
...Der Stieber geht herum, ...
...Der Stieber ist los!

Biesbaden. den 18. September. Wie Sie bereits erfahren ...
...haben, ist die hiesige Parteimitgliedschaft politisch geschlossen ...
...worden. Das Amtsgericht hat die Schließung auch bestätigt. ...
...Unser Vertrauensmann Kramer erhielt unter dem heutigen folgende ...
...Straf-Verfügung vom I. Amtsgerichte dahier zugesandt:

„Dem Tischlergesellen Wilt. Kramer ...
...von Fahr, dormalen in Wiesbaden. (Straf-Pr.-D. §§ 359 ff.) ...
...wegen Uebertretung der Vereinsgesetze. (Abschrift.) ...
...Straf-Verfügung.

Nach Ansicht der untern 3. September 1874 eingereichten ...
...Anklageschrift des I. Polizeianwaltes Herrn Polizei-Inspektor ...
...Magnus, wodurch Sie, unter Bezugnahme auf folgende Beweis- ...
...mittel:

1. den Schutzmann Mober von hier und
2. Ihr eigenes Geständniß,

beschuldigt sind: Daß Sie seit dem September 1873 den Verein „Sozial- ...
...demokratische Arbeiterpartei“, welcher mit anderen Vereinen, na- ...
...mentlich mit dem Ausschusse derselben Partei in Hamburg im ...
...Verbindung steht, geleitet, auch als Ordner des genannten Ver- ...
...eins den Tapeziererhilfen Kaufmann im Laufe dieses Jahres als ...
...Delegirten nach Coburg zur Vertretung der Interessen des hie- ...
...sigen Vereins bei dem dort tagenden Arbeiter-Congresse angeord- ...
...net haben,

und nach Ansicht der Strafbestimmung in §§ 8b und 16 des ...
...Gesetzes vom 11. März 1850 wird Ihnen unter Schließung des ...
...von Ihnen geleiteten Vereins „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ ...
...eine Geldstrafe von

25 Thalern, an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine Strafe von ...
...10 Tagen Haft — Gefängniß — tritt, und werden Ihnen gleich- ...
...zeitig die 1 Thlr. 15 Sgr. betragenden Kosten des Verfahrens ...
...nach § 438 der Straf-Prozess-Ordnung auferlegt.

Strafe und Kosten sind, unter Vorgeigung dieser Verfügung, ...
...bei der hiesigen Gerichtskosten-Rezeptur zu erlegen.

Wenn Sie sich durch diese Strafverfügung beschwert finden, ...
...so haben Sie innerhalb einer zehntägigen Frist von dem Tage ...
...nach der Zustellung der Verfügung an geredmet, Ihren Einspruch ...
...dagegen bei dem Polizeirichter schriftlich oder zu Protokoll anzu- ...
...melden und zugleich die zu Ihrer Vertbeidigung dienenden Be- ...
...weismittel anzuzeigen. Falls in dieser Frist ein Einspruch nicht ...
...eingeht, so erlangt diese Straf-Verfügung Rechtskraft und wird ...
...gegen Sie vollstreckt werden.

Wiesbaden, den 15. September 1874.
Königl. Amtsgericht, Abtheilung III.
Beglaubigt:
Richard, Secretair.

Verfügung
S. o. des Königl. Amtsgerichts hier ...
...dem Gerichtsboten zur Zustellung an den ...
...Wilt. Kramer hier, ...
...und Bescheinigung auf dem beigefügten, hierher zurückzureichen- ...
...den Originale.
Wiesbaden, am 16. September 1874.

Der Polizei-Anwalt.
Magnus.

Das die Verfügung des Gerichts. Sie ist den Wiesbadener ...
...Parteigenossen doch ein Bißchen zu stark, und das will etwas ...
...heißen, da dieselbe solche Polizeistrafen schon von früher ge- ...
...wohnt sind. Dieser wunderbaren Verfügung nach hätte die Poli- ...
...zei auch in allen anderen Städten, die auf dem Coburger ...
...Congreß vertreten waren, die Nacht, Partei-Mitgliedschaften auf- ...
...zulösen. Selbstverständlich wird unser Vertrauensmann Kramer ...
...gegen diese Verfügung Appellation einreichen.

Hamburg. 25. September. Es ist etwas faul im Staate — ...
...Hamburg, dies wurde heute durch Richterspruch bestätigt. Unsere ...
...heilige Hermandad, eine mittelalterliche Institution mit modernem ...
...Anstrich, hat durch diesen Wahrspruch einen ihrer liebsten Söhne, ...
...den hochgestellten Polizeibeamten (Criminalpolizei) Weiße, auf ...
...fünfzehn Monate in's Zuchthaus schicken sehen. Die Verhand- ...
...lungen über die Sünden Weiße's fanden schon vor acht Tagen ...
...statt. Wie oft auch schon die hiesige Polizeibehörde angegriffen ...
...wurde, noch nie hat sie so sehr in der Klemme als dieses Mal. ...
...Aus den Verhandlungen ergab sich, daß, trotzdem nur der Senat ...
...das Vornabigungsrecht ausüben darf, der Polizeichef Senator ...
...Peterßen manchmal auf eigene Faust begnadigte und daß die ein- ...
...zelnen Polizeibeamten mehr ihren „Usus“ beachteten, als die Ge- ...
...setze. Für Weiße war es „Usus“, zuweilen gegen „kleine Ge- ...
...schenke“ ein Auge zuzudrücken. Andere Polizeibeamte nannten dies ...
...in ihrem Zeugniß „Fehler“ und „Versähen“, von denen auch die ...
...Polizei nicht frei wäre. Der Staatsanwalt nahm die Sache aber ...
...ernst, ebenso der Gerichtshof. Durch die Anklage, das Verhör ...
...und das heute abgegebene gerichtliche Erkenntniß ist nicht nur ...
...Weiße, sondern unsere ganze Polizei-Institution verurtheilt wor- ...
...den. Weiße ist eigentlich nur ein Opfer dieser Institution und ...
...ihres „Usus“. Ob dies eine Opfer zur Beseitigung eines solchen ...
...„Usus“ genügt, wird sich bald zeigen. Schon klopft die hiesige ...
...Bürgerschaft mit einem Ausankstersehen betreffs des seltsamen ...
...„Polizei-Usus“ beim Senat an, der Stein ist damit in's Rollen ...
...gebracht, und wer weiß, wen er noch in dieser Zeit der Herbst- ...
...stürme über den Haufen wirft. Die Hamburger Arbeiter werden ...
...nicht weinen über diejenigen, welche im goldenen Dienste des ...
...„Usus“ fallen sollten — und wäre selbst das in der Verwesung ...
...begriiffene Deputationswesen unter den Fallenden. Uebrigens mit ...
...dem Deputationswesen, welches die organisirte Herrschaft derjenigen ...
...bedeutet, welche ein Jahreseinkommen von mehr als 1200 Thalern ...
...haben, scheint's noch nicht spruchreif zu sein. Die Hamburger sind zu ...
...gemüthliche Leute und ein Stückchen Corruption, vermischt mit ...
...etwas Bitterschaft, ist ihnen ein alter Bekannter — und man ...
...weiß ja, Gewohnheit ist das halbe Leben. Daß das Deputations- ...
...wesen wieder als der wahre Jakob unseres „Usus“ auf die Tages- ...
...ordnung kommen wird, veranlassen die bevorstehenden Neuwahlen ...
...zur Bürgerschaft. Reichsfreunde und Künstler werden sich zwar ...
...bekämpfen, aber den Wählern gegenüber gleichzeitig versprechen, ...
...dem Deputationswesen den Hals umdrehen zu wollen. Mit die- ...
...sem Räter suchen sie Stimmen zu fangen. Mögen recht viele ...
...„Bürger“ darauf anbeißn, sprechen sie dadurch doch ihrer eigenen ...
...Herrschaft und politischen Corruption das Todesurtheil!

Berlin. 28. Sept. Wie sich die Herren Bourgeois das Ein- ...
...kommen der Arbeiter denken, geht aus folgendem Artikel des hie- ...
...sigen „Tageblatts“ vom Freitag, den 21. Sept. hervor, welcher ...
...wir hier unverfälscht wiedergeben: „Der Vorstand der Klempner- ...
...Zunft hat im Inseratentheil der gestrigen Nummer d. Bl. eine ...
...„Berichtigung“ veröffentlicht, in welcher er behauptet, er habe dem ...
...Magistrat nur den wöchentlichen Lohnsatz von 6—7 Thlrn. und ...
...für Akkordarbeit von 7—8 Thlrn. angegeben. Durch diese „Be- ...
...richtigung“ sollte die Mittheilung dieser und anderer Zeitungen ...
...entkräftet werden, wonach sich der jährlich Verdienst eines Klempner- ...
...gesellen in Akkordarbeit bis auf 1000 Thlr. erstrecken könne. Wir ...
...unsererseits haben, wie auch die übrigen Zeitungen, diese letztere ...
...Angabe der „Volks-wirthschaftlichen Correspondenz“ des Hrn. Dr. ...
...Maron entnommen. Hr. Dr. Maron überreicht uns nun heute

*) Wie wir durch ein späteres Schreiben erfahren, wurde bei Essner, ...
...Opfhaus, Sabor, Hollinger und Schade gehandelt; Resultat ...
...überall das gleiche — Null! R. d. B.
*) Das ist der Durchschnittslohn in den geringeren Werkstätten; die- ...
...selben, welche sich Kost und Logis selbst stellen, sind etwas besser bezahlt.

*) Warum den Namen nicht nennen? Red. d. B.

eine Zusammenstellung der ermittelten Einkommensverhältnisse von den in Berlin arbeitenden Gesellen, Gehülften und Tagelöhnern, welche der hiesige Magistrat auf Grund der ihm von den darüber befragten Innungs-Vorständen gemachten Angaben hat aufertigen und drucken lassen, als einen Leitfaden für die Einkommens-Commissionen. In dieser Zusammenstellung steht wörtlich: Klempner-Gesellen: Einmaler jährlich 364, wöchentlich 6-9 Thlr., bei Akkordarbeit 8-20 Thlr. 20 mal 52 macht nach Adam Niese also jährlich 1040 Thlr. Das betreffende Druckexemplar liegt in unserm Redaktionslokal zur Einsicht offen. Es geht hieraus für den Verfasser des Artikels wie für die Zeitungen, welche ihn aufgenommen haben, jedenfalls soviel hervor, daß die Unrichtigkeit, wenn eine solche wirklich vorhanden sein sollte, nicht auf unserer Seite zu suchen ist.

Für uns geht daraus hervor, daß die Herren Bourgeois sich alles Mögliche und selbst das Unmögliche aufbinden lassen, um ihren gelehrigen Anbetern und Nachbetern zu zeigen, daß die Arbeiter wirklich soviel verdienen, als ihnen das „große Maul“ ihrer Arbeitgeber so gern bei jeder Gelegenheit nachschreit, und daß zwar nach Adam Niese 20 mal 52 1040 ist, den Klempnergehilfen aber mit dieser Rechnung wenig geholfen ist, da sie im günstigsten Falle, womöglich bei Spätarbeit, und wenn sie das ganze Jahr Beschäftigung haben, was nicht anzunehmen ist, nach der eigenen Aussage des Innungs-Vorstandes 8 mal 52 Thlr. verdienen können und von 20 mal 52 Thlrn. Steuern zahlen sollen!

Hamburg, 24. September. (Berliner Stadtrathstatistik.) Was die Bourgeois doch nicht alles zusammenlügen! Wagt es da eine wohlthätige Steuereinschätzungs-Commission zu Berlin auf Grund sogenannter „statistischer Aufnahmen“ neben anderen Wahrheiten, auch die Behauptung aufzustellen, daß in Berlin ein Sattlergeselle einen jährlichen Durchschnittsverdienst von 660 Thlr. (sage sechshundertundsechzig Thaler) habe. Ich traute kaum meinen Augen, als ich diese Zahl daselbst sah: sechshundertundsechzig Thlr. Verdienst in einem Jahre, macht pro Woche 12 Thlr. 9 Gr. und ein paar Pf. und dies soll der Durchschnittsverdienst eines Sattlergesellen sein? Nun, die Steuereinschätzungs-Commission behauptet es, — ob es wahr ist? Man frage die Berliner Sattlergesellen und man wird sofort sehen, wie sehr sich diese Commission der Wahrheit nicht bestreift hat. Schreiber dieser Zeilen, der jahrelang in Berlin arbeitete, dort die verschiedenen Werkstätten kennen lernte und noch im vorigen Jahre einer Commission zur Feststellung des Durchschnittslohnes angehörte, hat in dieser Commission von den übrigen Kollegen im Allgemeinen und durch seinen Aufenthalt und seine Arbeit im Speziellen den Wochen- und Jahresverdienst des Sattlers in Berlin kennen gelernt und giebt diese seine Erfahrungen, zur besseren Würdigung dessen, was auf die Angaben der Steuercommission zu geben ist, zum Besten. Als im Jahre 1872 in Berlin unter den Sattlergesellen ein Streik ausbrach, da stellten sie als ihre Forderungen den 10stündigen Normalarbeitstag und einen Minimallohn von 5 Thlr. 15 Gr. auf; der Streik wurde damals nur zur Hälfte durchgeführt, indem bei der mangelhaften Organisation und der Fahrenslust einer größeren Anzahl Kollegen die Prinzipale in den Stand gesetzt wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das Hauptziel, das erreicht wurde, war, daß in der größeren Werkstätten durchweg der 10stündige Normalarbeitstag eingeführt, und daß in Folge dieses Streikes eine neue festere Vereinigung der Sattler über ganz Deutschland gegründet wurde. Der neu gegründete Verein machte es sich nun im vorigen Jahre, also 1873, zur Aufgabe, einmal zu revidiren, inwiefern die 1872 gestellten Forderungen durchgeführt seien, wählte zu diesem Zweck eine Commission, der die Aufgabe wurde, die Kollegen aus den verschiedenen Werkstätten gesondert zu einer Besprechung einzuladen, und mit ihnen über Höhe der Löhne und Dauer der Arbeitszeit zu sprechen und die daraus erzielten Resultate festzustellen. Hier wurde also bei der richtigen Quelle angefragt, hier fragte der Colleague den Colleague, und es ist keine Gefahr vorhanden, daß die Löhre zu niedrig angegeben wurden, denn, das sei zur Ehre der Arbeiter hier gesagt, dieselben schämen sich selbst der Hungerlöhne, für die sie ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß Mancher einen höheren Lohn angab, als er erhielt; von weniger Angaben war keine Rede. Und was war das Resultat dieser Erhebungen? Es stellte sich heraus, daß bei 10stündiger Arbeitszeit den Wagenarbeitern ein Durchschnittslohn von 7 Thlr. 10 bis 15 Gr., und bei den Geschirrarbeitern ein Durchschnittslohn von 5 Thlr. 20 Gr. bezahlt wurde. Der Durchschnittslohn der auf Militäreskellen Arbeitenden konnte nicht gut festgestellt werden, doch war man sich darüber einig, daß er 7 Thlr. nicht übersteige. Bedenkt man nun, daß die Sattlerei, so gut wie andere Geschäfte, Pausen hat (wie z. B. im Winter von Neujahr ab bis Anfang oder Mitte März, und im Sommer von Anfang Juni bis Ende August, wo es sehr schwach mit der Arbeit ansieht und von den 1500 Sattlergesellen die in Berlin sind, gut die Hälfte längere oder kürzere Zeit in diesen Monaten ohne Arbeit, also auch ohne Verdienst ist), so wird man einsehen, wie unerschämmt mit den 660 Thlr. angeblichen Einkommen eines Sattlergesellen in Berlin aufgeschritten ist. Schreiber dieses weiß aus eigener Erfahrung, daß unter den sämtlichen Berliner Sattlergesellen keine 3 Duzend zusammenzubringen sind, die einen jährlichen Verdienst von 660 Thlr. haben. Wie werden meine Kollegen in Berlin gestannt haben, als sie schwarz auf weiß lasen, welch ein hohes Einkommen sie haben! Wie werden sich diejenigen meiner Kollegen, die Freitags und Sonnabends Mittags jedesmal den großen Friedrich „Unter den Linden“ besuchen und sich an der Wachparade satt sehen, darüber wundern, daß von den angeblichen 12 Thlr. 9 Gr. Wochenverdienst gar nichts bei ihnen hängen bleibt. Und welche Augen wird erst meine frühere Logisfrau gemacht haben, als sie las, daß der Sattlergeselle, bei dem „Schmalhans“ freis Küchenmeister war, einen so hohen Lohn hatte? Entweder hält sie mich jetzt für einen leichtsinnigen Schwelger, der den ganzen Lohn mit einem Mal verwickelt oder aber ich gelte bei ihr als Geizhals! So kommt man um seinen christlichen Namen durch die „Wahrheitsliebe“ einer wohlthätigen Steuereinschätzungs-Commission. — Meinen Kollegen in Berlin aber rathe ich an, die Einkommens-tabelle den Herren Arbeitgebern auf den Tisch zu legen und sich den darin festgesetzten Lohn auszubezahlen zu lassen.

Rowawah, 23. Sept. Die hochwohlwollende Ortspolizei zu Rowawah hat es nun endlich auch herausgedrückt, daß die hiesigen Gewerkschaftsmitglieder die gesellschaftliche und staatliche „Ordnung“ zu untergraben bemüht sind, und in Folge dieser Erkenntnis hat man den heroischen Entschluß gefaßt, uns zu vernichten. Den Anfang hat man damit gemacht, daß man unserm Wirth so lange zugesetzt hat, bis er versprach, uns sein Lokal nicht mehr zu geben. Mit diesem „Erfolg“ sind unsere Gesellschaftsretter jedenfalls sehr zufrieden, denn nun können die Bourgeois ohne Sorgen um das Bestehen von Staat und Gesellschaft ungehindert ihren Vergnügen nachgehen, wovon wir letzten Sonnabend uns persönlich überzeugt haben, denn nachdem man unserm Wirth „befohlen“, er müsse sein

Lokal Punkt 10 Uhr schließen, wenn er uns noch länger behalte, können diejenigen Wirth, bei welchen unser „Herr Amtsvorstand“ verkehrt, ihre Lokalitäten offen behalten, so lange es ihnen beliebt. Das ist Gerechtigkeit. Die Herren wiegen sich nun in dem süßen Glauben, uns durch diese Hebenthat würde gemacht zu haben. Weit gefehlt, ihr Herren! Dadurch spornet ihr uns nur noch mehr an, mit zäher Ausdauer unsere Sache zu vertheidigen. — Es gibt in unserm Gegend noch verschiedene Geisteskrüppel; da ist zum Beispiel der „Redacteur“ des „Potsdamer Intelligenzblattes“ ein sehr „intelligenter“ Mann, und es wäre wirklich ein Unrecht, wenn die — Pffiffigkeit dieses Kulturkämpfers nicht weiter bekannt gemacht würde. Befehs Befanntmachung und Einladung zu unserm Stiftungsfest trug unser Wirth die Annonce selbst ins „Intelligenz-comptoir“, aber der Redacteur nahm dieselbe nicht an, sondern sagte zu unserm Wirth: „Was, ein solches Fest wollen Sie in Ihrem Lokal abhalten lassen? Da kommen ein paar Hundert Menschen zusammen, allerhand Geständel, dieselben stürmen womöglich Ihr Haus, es wird ein allgemeiner Aufruhr und Sie büßen dann die Concession ein. Solche Volkstheste dürfen gar nicht mehr abgehalten werden, und die katholischen Vereine (!!) werden ja auch alle aufgelöst.“ Jetzt waren wir auf einmal ein „katholischer Verein“ geworden, und diesen dummbreisten Schwindler glaubte unser Wirth und verlangte, wir sollten uns lieber gleich selbst „auflösen“!

„Was ist der Philister? ein hohler Darm
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!“

Unser Fest fand aber trotzdem statt und war sogar ausgezeichnet gut besucht, und die heilige Hermandad war vollzählig am Platze, Eduard Bernstein aus Berlin wies in seiner Festrede auf die vielen Festlichkeiten in jetziger Zeit hin; wie namentlich von Seiten der Kriegervereine Feste zur Verherrlichung des Massenmordes arrangirt wurden. Die Arbeiterfeste haben den Zweck, diesen barbarischen Sitten gegenüberzutreten, und ein freieres und glücklicheres Vaterland schaffen zu helfen. Den Schluß der Festrede bildete die sehr gut vorgetragene „Siegeshale“, welche von der Versammlung mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Unser Fest hat bei allen Theilnehmern einen sehr guten Eindruck hinterlassen, was für uns um so erfreulicher ist, als es das erste war, welches in hiesigem Orte von unserer Seite abgehalten wurde. Den besten Eindruck scheint es aber doch auf unser überwachendes Polizeiorgan gemacht zu haben, denn in der nächsten nach dem Feste stattgefundenen Versammlung erschien es, ganz gegen seine Gewohnheit, in Begleitung des „Amtsvorstehers“ Rude; was das zu bedeuten hätte, wußten wir schon. Die Herren kamen aber leider etwas zu spät, denn unsere Versammlung war bereits geschlossen, sämtliche Mitglieder verließen daher den Saal und ließen die beiden „Ueberwacher“ allein in dem leeren Raum sitzen. Der Schwiegerohn des Wirths, welcher „Hauptmann“ im Kriegerverein ist, gestellte sich dann zu ihnen und machte uns mit „männlicher Grabsheit“ hinter unserm Rücken schlecht. Wir haben ganz deutlich im Neben-zimmer gehört, wie er sagte, wir schimpften bloß aufs Militär, aber ein Gewehr zur Hand zu nehmen und den Feind damit zu vernichten, dazu wären wir zu feig. Diefem „Helbsohn“ wollen wir nur hierdurch sagen, daß wir mit dieser frommen Sitze ganz und gar nichts zu thun haben wollen, daß wir einen edlen Kampf kämpfen als den, bei welchem die rohe Gewalt den Sieg davon trägt, und was die Feigheit betrifft, so wird wohl jeder vernünftige Mensch mit uns einverstanden sein, wenn wir sagen: Feig, ganz niederträchtig feig ist Derjenige, der seine Mitmenschen wegen anderer Gesinnung bei der jetzt so allmächtigen Polizei denunziert! Nun, wir gönnen unsern Gegnern die Freude, sie wird aber nicht allzulange dauern, wir werden in allerkräftiger Zeit wieder ein Versammlungslokal haben. Bis dahin, Freunde, behalten wir unsern altbewährten Muth und die frohe Zuversicht für den Sieg unserer guten Sache. Damit aber der regelmäßige Geschäftsverkehr mit der Vorortverwaltung keine Unterbrechung leide, ersuchen wir sämtliche Mitglieder, ihre Steuern für August und September bei Eduard Rehber, Carlstraße, zu entrichten. Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.

Gewerkschaften und Freunde! Einen Erfolg müssen auch wir trotz Denunciationsen und Polizeihilfen erreichen, nämlich den, daß unsere Mitgliederzahl eine dreimal stärkere werde als sie bisher war, und daß das Abonnement auf den „Volkstaat“ sich ebenfalls verdoppelt. Jedes Mitglied sei ein Agitator, jedes Mitglied abonnire auf den „Volkstaat“ und werbe neue Leser für denselben; und wenn wir so muthig und unverdrossen weiter arbeiten, wird die Zeit bald kommen, wo unsere Gegner einsehen, daß wir unbesiegbar sind.

Freiburg i. B., 12. September. Der diesjährige Altkatholikenkongreß wäre nun glücklich vorüber. Sie haben viel Spel-tatel in hiesiger Stadt gemacht, eine Versammlung nach der andern abgehalten, um auf die Ultramontanen loszudonnern. Die Freisinnigkeit, mit welcher bei diesen Leuten so viel gesunkelt wird, ist aber wahrlich nicht weit her, denn in dem Versammlungslokale waren u. A. folgende Sinnsprüche angebracht: „Fürchte Gott, ehre den König“. „Unser Wahlspruch ist und bleibt: Mit Gott für Kaiser und Reich“ etc. etc. — In einer der Hauptversammlungen, welche Sonntag den 6. d. M. stattfand, thaten sich besonders Herr Professor Huber und Dr. Böll hervor. Professor Huber führte verschiedene Männer an, welche sich um die „Aufklärung“ in der Kirche verdient gemacht hätten, um dann auf die Bestrebungen der Altkatholiken einzugehen. Unter Anderem führte er an, daß in der neukatholischen Kirche die gräßteste Despotie herrsche. Der Paps sei das unfehlbare Oberhaupt und alle Anderen müßten blindlings gehorchen. Sie, die Altkatholiken, erstrebten das Gegentheil: es solle Jedem Freiheit des Gewissens zu Theil werden, die Despotie müsse aus der Kirche verbannt sein etc. Weiter führte er aus, daß gegenwärtig drei Parteien beständen: die eine sei die ultramontane, die andere sei eine Partei, welche alles, was gelehrt worden sei, für nicht dagewesen, für traditionelle Märchen erkläre, alles über den Haufen werfen wolle u. s. w. Zwischen diesen beiden Parteien stehe die altkatholische in der Mitte. Bei der Aufforderung, einzutreten und mitzukämpfen, wollte er einer Partei noch einen Hieb verlegen, der aber nicht recht herauskam und deshalb schlecht sah. Er behauptete nämlich, alle diejenigen, welche ihre, der Altkatholiken, Bestrebungen für recht fänden, dabei aber doch über sie spöttelten (welche Professorenlogik!) und nicht beiträten, seien noch schlechter als die Ultramontanen. Dr. Böll soll noch kräftiger geschimpft haben.

Mit der sozialistischen Bewegung steht es hier schlecht aus. Gewerkschaften existiren, außer dem Buchbinderverein, meines Wissens hier nicht. Vielleicht wird es möglich, in Bälde eine Mitgliedschaft der Partei hier zu gründen. (Nur an die Arbeit! N. d. B.)

Alle etwa hier stationirenden Parteigenossen bitte ich, Montags Abends in dem Verkehrslokale der Buchbinder, Weber's Restauration, Ragnmannstraße, vorzusprechen.

Mit sozialdemokratischem Gruß A. Müller, Kaiserstraße 101.

Marburg in Hessen, im September. Am 28. August, was unser Parteigenosse Liebnacht auf der Durchreise zu seiner Familie hier in unserer Mitte. Zu Abends 8 1/2 Uhr hatten wir eine öffentliche Mitgliederversammlung im Brinkmann'schen Saale angesetzt, und schon vor der Zeit füllte sich der Saal mit einer für Marburg zahlreichen Menschenmenge aus verschiedenen Ständen, welche Alle den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hören und sehen wollten, der hier einen Theil seiner Studienzeit verbrachte. Um 8 1/2 Uhr wurde nun die Versammlung durch unsern Vertrauensmann B. Schneider eröffnet, der nach einigen einleitenden Worten dem Referenten das Wort gab. Dieser begann seinen Vortrag mit einem Ueberblick der verschiedenen Mißhandlungen und Verleumdungen unserer Bestrebungen, und legte dann letztere recht faßlich dar. Er erwähnte hierauf unser Verhältnis zum Reichstags; trotzdem eine gesetzgeberische Thätigkeit für uns nicht möglich sei, halte er es doch für gut, wenn Parteigenossen im Reichstags seien. Hierauf schloß er einen kurzen Bericht über persönliche Geschäftigkeiten und das vielfach recht ungebildete Verhalten von mancher Seite, wie z. B. gegen unsere Vertreter und die Abgeordneten Professor Ewald. Redner citirt, nachdem er erklärt, daß er die Betheiligung an den Wahlen für wichtig halte, einige Fälle, wobei die Regierung ganz nach ihrem Kopfe handle, wie bei der Frage der Militärbudget-Feststellung. Das vor längerer Zeit angenommene Haftpflichtgesetz, welches in Bezug auf Eisenbahn-unglücke recht gut, sei in Hinsicht auf Fabrikwesen und Bergbau ganz verwerflich. Wir lebten in einem Klassenstaate im vollsten Sinne des Wortes. Liebnacht kommt dann auf unsere Stellung zum Staate zu sprechen. Wir ständen demselben prinzipiell gegenüber; derselbe möge alle Mittel, wie Einsperrung, Ausweisung, Verschärfung des Vereinsgesetzes etc. anwenden — unsere Ideen ließen sich nicht durch Unterdrückung todt machen; Gewalt erzeuge eine Auflehnung des Rechtsgesetzes; ein physischer Gewalt seien unsere Gegner noch überlegen, aber im geistigen Kampf würden wir sie mit Sicherheit überwinden.

Auf die Aufforderung, wer den Redner widerlegen könne wolle, möge auftreten, blieb Alles ruhig. — Nachdem noch verschiedene Fragen in Partei-Angelegenheiten an Liebnacht gerichtet und von ihm beantwortet waren, forderte der Vorsitzende zum Beitritt zur Partei auf und schloß dann um 11 Uhr die Versammlung, worauf Alle in großer Ordnung und mit stillschweigender Befriedigung das Lokal verließen. Franz W. Braunemann.

Erklärung.
Auf die Anfrage der Leipziger Mitgliedschaft Met.-Arb.-Gew. in Nr. 108 d. B. betr. des Protokolls der Magdeburger Generalversammlung, ob Herr Liebnacht, da ich den ganzen Sachverhalt einer genaueren Prüfung unterzogen und nicht herausfinden kann, daß das Protokoll in der festgesetzten Angelegenheit auch nur mit einer Silbe gelühdet, das Protokoll in seiner vollen Richtigkeit besteht; daher ist die Meinung Kolbes über diesen Punkt eine falsche. C. D. Müller, Geschäftsführer Braunschweig, 28. September 1874.

Briefkasten
der Expedition. C. Schmidt Römervstadt: Die Brochüre: „Zur Prozedur Bazaine“ ist vergriffen. G. Stöhr Berlin: Das Verlangen durch uns nicht zu beziehen.

Quittung
der Expedition. Uhuu Ludenwalde Schr. 18 gr. 5. P. Mit Schr. 12 gr. 10. Hild.-Berein Dresden Schr. 11 thlr. 7. Frid. W. W. Bach Schr. 14 gr. C. Hnterme Wiesbaden Ab. 9 thlr. 7. 5. Schr. 18 gr. Reg hier Ab. 17 gr. 5. R. i. Rde Ab. 4. Du. 1 thlr. 18 gr. A. R. Baden-Baden Schr. 27 gr. 4. St. Meerane Schr. 9 gr. D. H. Harburg Ab. 3. Du. 6 thlr. 10. Ent. Pieschen 1 thlr. 21. 8. R. W. Ab. 5 thlr. 22. Schr. 2 thlr. 8. Schr. Schwab.-Hall Schr. 6 thlr. 25. 5. H. Jann Duisburg Ab. 3. Du. 5 thlr. D. H. Schr. 1 thlr. M. hier Schr. 2 thlr. Str. Alteschenb. Schr. 4 thlr. der Rest beträgt noch 3 thlr. 12. F. J. C. Schr. 27 gr. 5. Schr. Ab. 1 thlr. 11. Ann. 4 gr. A. Trimm Berlin Schr. 5 thlr. M. Braunschweig Ab. 3. Du. 23 thlr. v. Siedlitz Schr. 27 gr. 10. W. hier Ab. 16 gr. Joh. R. Jägerndorf Ab. 1 thlr. 18. 7.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilsantiquitäten erhielten ferner: In Nürnberg G. L. 10 thlr. D. H.

Fond für Gemäßigtheite.
Von D. R. hier 1 thlr. D. H.

Zu der Reichstagswahl im 14. löchl. Wahlkreis.
Von St. 1 thlr. 3 gr.

Anzeigen etc.

Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Sonntag, den 4. October, Vormittags 10 Uhr: Versammlung der hiesigen Mitglieder in der „Schützenhalle.“ Es ist jedes Mitglied, um Beiträge zu erscheinen.
Im Auftrag: J. Endres.

Augsburg Literarischer Verein.
Das Versammlungslokal befindet sich von heute ab bei Herrn Weber, ehemals Brauwerker der Jacobstraße.
Es ist jeden Sonntag, Vormittags von 10-12 Uhr ein Beitragssammler anwesend, um Beiträge in Empfang zu nehmen.
Der Aufsatz, etc.

Berlin Freunde und Gesinnungsgenossen werden ersucht, zu einer gemeinsamen Ausflugs bei günstigen Wetter, sich Sonntag, den 4. October, früh 9 Uhr, Mühlstraße 5, einzufinden. Liebesbürger nicht vergessen.
F. Müller, Redaktionsleiter. [10]

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Sonabend, 3. Oct., Abends 9 Uhr: Oeffentliche Versammlung bei Hansa, Schanzenburgerstr. 14, großer Saal.
Tagesordnung: Die Schattenseiten der heutigen Literatur, Ref. Geib.
Die Parteigenossen werden dringend ersucht, für den regen Besuch der Versammlungen u. für Verbreitung des „Volkstaat“ lebhaft zu agitiren.
Peter.

Hamburg Geschlossene Mitglieder-Versammlung
des Verbandes der Klempner und verwandter Berufsgenossen am Sonnabend, den 3. Oct., Abends 8 1/2 Uhr bei Herr Eckhardt, Schoppensteht 22. — L. D.: 1) Abrechnung. 2) Vereinsangelegenheiten.
L. Stoffel, Bevollmächtigter. [9]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonabend, den 3. October, Windmühlensstr. 7: Versammlung. — Sozialer Wochenbericht von Willeke. Berathung der Anträge zu der in Hannover stattfindenden Generalversammlung.
Sonabend, den 10. Oct.: Generalversammlung bei Zedler. [8]

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Sitzung bei Fröhlich, Nikolaistraße Nr. 38. — L. D.: Soziale Rundschau. Bericht der Commission über das neue Controlbuch. — Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
Aufnahme neuer Mitglieder.
D. B. [10]

Zur Beachtung.
Som 1. October e. an, befindet sich meine Wohnung nicht mehr Schanzenstraße 22 sondern Leopoldstraße 20 a parterre.
Braunschweig. (2a) C. D. Müller. [12/2]

Leipzig: Berantw. Redacteur: M. Freißer. (Redaktion und Expedition Leipzigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei